

J. W. Stalin an die Rote Armee

Tugenbefehl des Volkskommissars für die Verteidigung der UdSSR - Nr. 8

Moskau, 23. Februar (TASS). Genossen, Soldaten der Roten Armee und Roten Marine, Sergeanten, Offiziere und Generale!

Wir feiern heute den 28. Jahrestag des Bestehens der Roten Armee. Die Rote Armee versammelt sich am 28. Jahrestag auf der Höhe ihrer Kraft, von Ruhm umkränzt mit den Siegen ihrer deutschen und japanischen Imperialisten. Aus dem langen und harten Krieg ging die Rote Armee als ein erstklassiges Heer hervor, das durch hohe moralische Kampfeigenschaften ausgezeichnet ist, das eine vollständig moderne Bewaffnung besitzt, höchstfahrende und stählerne Kommandeure hat. Im Kriege gegen die faschistischen Eindringlinge erwies die Rote Armee sich der großen Aufgaben gewachsen, erwies sie sich als loyalen und zuverlässigen Verteidiger der Interessen des Sowjetvolkes. Unsere Soldaten, Offiziere und Generale rechtfertigten das Vertrauen des Volkes und erfüllten mit Ehre ihre Pflicht gegenüber dem Vaterland. Das Sowjetvolk sah mit eigenen Augen, daß es sich sicher auf die Rote Armee verlassen kann.

Alle Völker unseres Landes sind mit Recht auf ihre Armee und auf ihre Siege stolz und ehren das geherrliche Andenken an die Helden, die in den Kämpfen für das Vaterland den Tod fanden. Wir verdanken die hervorragenden Siege der Roten Armee in erster Linie der Tatsache, daß sie ein wahres Volkshier ist und die Interessen ihres Volkes verteidigte. Das Sowjetvolk liebt seine Armee aus ganzem Herzen und befaßt sich beständig mit der Verstärkung ihrer Macht. Diese Zugehörigkeit wurde besonders in den harten Jahren des großen vaterländischen Krieges offenbar. Unser ganzes Volk hat unaufhörlich Tag und Nacht für die Front und für den Sieg gearbeitet. Ohne die selbstlose Arbeit der Arbeiter, Bauern und Intellektuellen, ohne ihre materielle und moralische Unterstützung wäre die Rote Armee nicht in der Lage gewesen, den Feind zu besiegen. Die Siege der Roten Armee sind ferner der Tatsache zu verdanken, daß gerade die Kommunistische Partei sich der Armee widmete und sie erzog.

Dem Vermächtnis des großen Lenin folgend, verwandelte das Sowjetvolk unter Führung der Kommunistischen Partei unser Vaterland von einem rückständigen in ein modernes, von einem landwirtschaftlichen in ein industrielles Land. Auf diese Weise wurden alle notwendigen materiellen Möglichkeiten für den erfolgreichen Kampf der Roten Armee mit dem Feinde geschaffen. In den Jahren des großen vaterländischen Krieges verwandelte die Kommunistische Partei unser Land in ein Militärlager, in dem alle Anstrengungen des Volkes und der Armee auf ein gemeinsames Ziel ausgerichtet waren — die Vernichtung des Feindes. Die Kommunistische Partei erklärte den Sowjetsoldaten die Bedeutung und die Ziele des Krieges, pflegte ihre Liebe zum Vaterland, verstärkte ihren Kampfesmut und schärfte ihnen Furchtlosigkeit und Disziplin an. Dies war die wichtige Vorbereitung für unseren Sieg.

Nachdem der Krieg mit dem Sieg über die Feinde endete, trat die Sowjetunion in eine neue friedliche Periode ihrer wirtschaftlichen Entwicklung ein. Gegenwärtig sieht sich das Sowjetvolk der Aufgabe gegenüber, von ihm erworbene Stellung zu festigen und weiter einen neuen wirtschaftlichen Aufschwung zu streben. Wir können uns nicht nur auf die Festigung dieser Stellungen beschränken, denn das würde als Ergebnis zu einem Stillstand führen — wir müssen weiter vorwärts schreiten um Bedingungen für ein neues Anwachsen der Nationalwirtschaft zu schaffen. Innerhalb kürzester Frist müssen wir die uns durch den Feind

verursachten Wunden unseres Landes heilen und den Vorkriegsstand der Entwicklung der Nationalwirtschaft wieder erlangen, um diesen Stand zum frühestmöglichen Zeitpunkt beträchtlich zu erhöhen, um die materielle Wohlfahrt unseres Volkes und noch mehr die militärische und wirtschaftliche Macht des Sowjetstaates zu heben. Unter neuen Bedingungen muß die Rote Armee wachsam die friedliche und schöpferische Arbeit des Sowjetvolkes hehüten, zuverlässig die Staatsinteressen der Sowjetunion sichern und dazu beitragen, daß unser Vaterland für jeden Feind unangreifbar wird.

Während des Krieges war es die Hauptaufgabe der Soldaten, Offiziere und Generale der Roten Armee, den Sieg zu erringen, klug ihre Kräfte und Kenntnisse zu verwenden, um die äußerste Vernichtung des Feindes zu erreichen. In Friedenszeiten ist die erste Aufgabe aller Soldaten, Offiziere und Generale ohne Ausnahme, beständig ihre militärischen und politischen Kenntnisse zu erweitern. Alle Rotarmisten und Sergeanten müssen unermüdet die Kriegskunst studieren, ihre Waffen kennen und fehlerlos ihre Pflichten erfüllen. Von den Offizieren wird jetzt wie niemals vorher verlangt, daß sie wissen, wie sie wirksamst ihre Untergebenen ausbilden und erziehen. In den Jahren des Krieges haben die Offiziere und Generale der Roten Armee wirksam die Kunst der Führung von Truppen auf dem Schlachtfeld gemeistert. Jetzt müssen alle Offiziere und Generale bis zur Vollkommenheit die Kunst der Ausbildung und Erziehung der Truppen unter den Bedingungen der Friedenszeit beherrschen. Der große vaterländische Krieg führte viele Neuerungen in der Kriegskunst ein. Die Erfahrung der auf dem Schlachtfeld erworbenen Kenntnisse bildet einen reichen Schatz für die Ausbildung und Erziehung der Truppen. Daher muß die Ausbildung der Armee auf der Grundlage der klugen Verwendung der Erfahrungen des vergangenen Krieges beruhen. Diese Erfahrung sollte auch gründlich für die theoretische Erziehung der Offiziereinheiten und für die weiteren Fortschritte der sowjetischen Militärwissenschaft verwendet werden. Man soll sich daran erinnern, daß die Kriegskunst schnelle und beständige Fortschritte macht. Die Rote Armee muß nicht nur mit den Fortschritten

der Kriegskunst Schritt halten, sondern sie auch selbst fördern.

Die Rote Armee ist mit erstklassiger Ausrüstung versehen, die die Grundlage ihrer Kampfkraft bildet. Die Aufgabe ist, diese Ausrüstung bis zur Vollendung zu kennen, sie sinnvoll anzuwenden und sie wie den eigenen Apparat zu hüten. Die Erfolge bei der Ausbildung und Erziehung der Truppen sind ohne feste Disziplin und strenge militärische Ordnung undenkbar, die aufrechtzuerhalten die oberste Pflicht des gesamten Heerespersonals ist. In erster Linie müssen die Kommandeure einschließlich der Feldwebel und Sergeanten als die engsten und unmittelbaren Vorgesetzten und Lehrer der Rotarmisten beständig Disziplin und Ordnung aufrechterhalten. Die Soldaten, Offiziere und Generale der Roten Armee haben dem Volk und Vaterland große Dienste geleistet. Dies darf indessen nicht in Einbildung und Selbstgefälligkeit ausarten. Sich nicht selbst Verdienste zu rühmen, beständig auf seinem Posten tätig zu sein, all seine Kraft und Kenntnis zum Besten der Roten Armee beizutragen — das wird von jedem Sowjetsoldaten gefordert.

Genossen, Soldaten der Roten Armee und Marine, Sergeanten, Offiziere und Generale! Im Namen der Sowjetregierung und unserer Kommunistischen Partei begrüße und gratuliere ich euch zum 28. Jahrestag der Roten Armee. Um den Tag der Roten Armee zu feiern, befehle ich hiermit folgendes:

Heute, am 23. Februar, wird in der Hauptstadt unseres Vaterlandes — Moskau — in den Hauptstädten der Unionsrepubliken und in dem heldenhaften Süden — Leningrad, Stalinsk, Sewastopol und Odessa — ein Salut von 20 Geschützsalven geschossen.

- Lang lebe unsere siegreiche Rote Armee!
 - Lang lebe unsere siegreiche Marine!
 - Lang lebe unsere glorreiche Kommunistische Partei!
 - Lang lebe das große Sowjet-Volk!
 - Lang lebe unser mächtiges Vaterland!
- Der Volkskommissar für die Verteidigung der UdSSR Generalissimus Stalin.

Das Sowjet-Land feierte seine Armee

Moskau (SNB). Das Sowjet-Land feiert den 28. Jahrestag der Roten Armee. Der Befehl des Generalissimus Stalin zum Tag der Roten Armee wurde von den Angehörigen der Roten Armee mit größter Begeisterung begrüßt. Auf Kundgebungen und Versammlungen gaben Rotarmisten, Offiziere und Generale, in Ehren ihre Pflicht zu erfüllen und die neuen Aufgaben zu verwirklichen, vor denen die Streitkräfte der Sowjet-Union in der friedlichen Aufbauperiode stehen.

SPD in der französischen Zone

Mainz (SNB). Nachdem die Kommunistische Partei in der französischen Zone kürzlich ihre Arbeit wieder aufgenommen hat, erhielt jetzt, wie der amerikanische Nachrichtendienst meldet, auch die Sozialdemokratische Partei die Genehmigung, sich politisch zu betätigen. Die Landesleitung der Partei hat ihren Sitz in Neustadt an der Haardt.

214. Geburtstag G. Washingtons

Neuyork (SNB). Wie der amerikanische Rundfunk meldet, feierte das amerikanische Volk den 214. Geburtstag George Washingtons, des ersten Präsidenten der Vereinigten Staaten. In den meisten Betrieben des Landes herrschte Arbeitsruhe.

In Neuyork begannen die Feiern mit einem Bankett des Verbandes der Freundschaft mit der Sowjetunion, das gleichzeitig auch den Jahrestag der Roten Armee feierte. Es sprach General Smith, der neuernannte amerikanische Botschafter in Moskau. Nichts ist erklärter, für die Welt sowie die beiden Nationen wichtiger als eine feste Grundlage des Verständnisses zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion.

Der Militär-Attaché der Sowjetbotschaft in Washington betonte in seiner Ansprache: Der Krieg habe bewiesen, wie wichtig die Zusammenarbeit der großen Mächte sei. Diese Zusammenarbeit müsse auch im Frieden aufrecht erhalten werden.

Der Handelsminister Wallace schreibt in einer Botschaft: Ich kenne nichts wichtigeres für den zukünftigen Wohlstand der Menschheit als die Schaffung einer gesunden Grundlage für eine ständige Freundschaft zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten.

In einer Botschaft des Senators Pepper heißt es: „Diejenigen, denen die Geschichte der unerschütterlichen Freundschaft zwischen der UdSSR und den USA bekannt ist, kennen unsere Kameradschaft während der Prüfungen des Krieges, die unwiderlegbare Logik unserer Einvernehmens und unserer Zusammenarbeit, sie wissen auch, daß die USA und die UdSSR Freunde bleiben müssen und bleiben werden.“

Kriegsgefangene in Aegypten

Kairo (TASS). Die Zeitschrift „Al Basa“ hat einen Artikel veröffentlicht, in dem es heißt: „Die britischen Behörden fahren damit fort, neue Mengen von Kriegsgefangenen nach Aegypten zu bringen. Eine Viertelmillion Kriegsgefangener, das sind dreimal so viel wie während des Krieges, befinden sich jetzt in Aegypten.“ Der Zeitschrift zufolge erschwert eine derartige Masse von Kriegsgefangenen im Lande ernsthaft das Ernährungsproblem.

Ueber die Rechtslage der Umsiedler

Der „Täglichen Rundschau“ entnehmen wir das nachstehende Auszug, der sich mit dem so zeitgemäßen Frage der Umsiedler befaßt, insbesondere mit dem für den Wiederaufbau Deutschlands lebenswichtigen Problem der Bodenrestellung an Umsiedler auf Grund der Bodenreform.

Wenn gegenwärtig die Frage über die Rechtslage der Umsiedler aufgeworfen wird, so geschieht dies nicht deshalb, weil auf dem Gebiete der Unterbringung der Umsiedler wenig geleistet wurde, sondern weil es jetzt an der Zeit ist, vollkommen offen über die Mängel zu sprechen, die man in einer Reihe von Fällen bei der Arbeitsbeschaffung für die Umsiedler und deren Unterbringung beobachten kann.

Der grundlegende und hauptsächlichste Mangel in der Behandlung der Umsiedler liegt darin, daß man sie immer noch als „Flüchtlinge“ ansieht, obgleich es sich nicht um Flüchtlinge handelt, deren es tatsächlich Millionen während des Krieges gab — Flüchtlinge, die die den Luftangriffen ausgesetzten und brennenden Städte verließen, um irgendwo in einem Dorf zeitweilig untergebracht zu werden —, sondern um Hunderttausende von Menschen, die auf Beschluß der Kontrollorgane planmäßig in das Gebiet Deutschlands innerhalb seiner heutigen Grenzen umgesiedelt werden müssen.

Die Behandlung der Umsiedler als „Flüchtlinge“ läßt eine gewisse Ungleichheit der Rechte zwischen der ortsansässigen Bevölkerung dieser oder jener Provinz und den Umsiedelten, die dort entsprechend den Umsiedlungsmaßnahmen angesiedelt werden, voraussetzen. Es wurde bisher eine Reihe von Fällen beobachtet, wobei gewisse örtliche Behörden und auch die ortsansässige Bevölkerung bereit waren, materielle Mittel im Rahmen verschiedener Wohltätigkeitsmaßnahmen für diese neuen Bewohner zu opfern, sich aber weigern, diese als vollberechtigten Mitglieder der in Betracht kommenden Gemeinde anzuerkennen, und die Rechte der Umsiedler schmälern.

In einigen Provinzen übersteigt die Anzahl der Umsiedler die Anzahl der ortsansässigen Bevölkerung um ein Bedeutendes, wie es zum Beispiel in der Provinz Mecklenburg der Fall ist. Nichtsdestoweniger ist auf Grund der falschen und schädlichen Einstellung den Umsiedlern als „Flüchtlingen“ gegenüber der Prozentsatz der Umsiedler in den örtlichen Selbstverwaltungsgremien äußerst gering. Dies bezieht sich nicht nur auf die Provinzialverwaltung und Kreisverwaltungen, sondern in erster Linie auf Bauerngemeinden, wo in der Regel in der Verwaltung die ortsansässigen Personen eingesetzt werden. Die Vertreter dieser ortsansässigen Verwaltung begegnen bei weitem nicht immer in objektiver und mitfühlender Weise den Nöten der Umsiedler.

Dieses unzureichende Entgegenkommen der örtlichen Verwaltungen den Umsiedlern gegenüber verhindert das Einschalten dieser Menschen in den Aufbauprozeß und stellt sie vor allen Dingen außerhalb des öffentlichen und politischen Lebens, wodurch eine gewissermaßen künstliche Isolierung von jenen wichtigen politischen Fragen geschaffen wird, die gegenwärtig in Stadt und Land akut sind und die auf eine tatkräftige Demokratisierung des heutigen Deutschlands gerichtet sind.

Die unrichtige Behandlung der Umsiedler als „Flüchtlinge“ bedingt auch den Umstand, daß diese Elemente im Dorf sich bemühen, aus den Reihen der Umsiedler Knechte und somit billige Arbeitskräfte für die Landwirtschaft zu bekommen. Es sind jene Elemente, die vor dem Kriege die billige Mietsarbeit der Knechte aus den benachbarten und den Balkanländern benutzten, während des Krieges auf grausamste Weise die Arbeit der Kriegsgefangenen und die Zwangsverschleppten ausbeuteten und die

Dr. Herweges 60 Jahre

Der Führer der Christlich-Demokratischen Union in der Provinz Sachsen und 2. Vorsitzender des Zentralvorstandes dieser Partei.

Dr. Herweges
vollendet am 25. Februar 1946 sein 60. Lebensjahr.

Wir Sozialisten übermitteln diesem aufrichten und sachlichen Menschen und Politiker unsere herzlichsten Glückwünsche und verbinden damit die Hoffnung, daß sein seine Tatkraft und Schaffensfreude für den Neuaufbau unseres Vaterlandes durch die Blockparteien noch viele Jahre erhalten bleibt.

Organisationskomitee
der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands
in der Provinz Sachsen

Britische Bomber über Bombay

Neuyork (SNB). In Bombay ist es, dem Neuyorker Rundfunk zufolge, zu neuen Zwischenfällen gekommen. Gruppen von Indern zogen durch die Straßen und setzten Gebäude in Brand. Es kam zu Kämpfen mit der britischen Polizei. Ein höherer Polizeibeamter erklärte, daß die Situation im Zustand völliger Rebellion herrsche. Britische Bomber kreisen über Bombay. Im Hafen haben die indischen Mannschaften die Kontrolle über 21 Schiffe übernommen.

Karachi (SNB). Wie der Londoner Rundfunk meldet, ergaben sich nach einem Bombardement von 25 Minuten die auf dem Kriegsschiff „Hindatan“ befindlichen Matrosen. Die Matrosen verließen das Schiff und übergaben ihre Waffen den britischen Streitkräften.

London (SNB). Der britische Rundfunk meldet, daß die Meuterei der indischen Matrosen beendet ist. In Bombay wurden alle

Schiffe, die sich im Besitz der Meuterei befanden, nach Beschuß übergeben. Gleichzeitig wurden weitere britische Verstärkungen in Bombay zusammengezogen. Britische Flugzeuge kreuzten über dem Stadtgebiet.

In Bombay wurden bei den Zwischenfällen insgesamt 60 Personen getötet; die Zahl der Verwundeten überschreitet 600.

Kriegsgefangene in Aegypten

Kairo (TASS). Die Zeitschrift „Al Basa“ hat einen Artikel veröffentlicht, in dem es heißt: „Die britischen Behörden fahren damit fort, neue Mengen von Kriegsgefangenen nach Aegypten zu bringen. Eine Viertelmillion Kriegsgefangener, das sind dreimal so viel wie während des Krieges, befinden sich jetzt in Aegypten.“ Der Zeitschrift zufolge erschwert eine derartige Masse von Kriegsgefangenen im Lande ernsthaft das Ernährungsproblem.

FDGB zu den Beschlüssen der Zonenkonferenz

Der Ausschuss der Provinz Sachsen legte die Arbeitspläne für ihre Durchführung fest

Der neugewählte Provinzschuss des FDGB trat zu seiner ersten Tagung zusammen. Die Sitzung wurde vom Kollegen Hermann Röhler geleitet. Nach der Bekanntmachung der Tagesordnung erörterte der Kom. Kollege Meisel das Wort. Im Namen des alten Provinzschusses begrüßte Herr Meisel die Anwesenheit und erstattete Bericht über die Provinz- und die in Berlin stattgefundenen Zonenkonferenzen. Er führte u. a. aus, daß es jetzt darauf ankommt, die gefaßten Beschlüsse in die Tat umzusetzen. Folgende fünf Punkte sind unbedingt zu verwirklichen:

1. die Fortsetzung der Bereinigung der Betriebe;
2. die Schaffung eines einheitlichen Betriebsratsgesetzes;
3. die Schaffung einer einheitlichen Sozialversicherung;
4. die Bildung von Lohn- und Akkordkommissionen in den Betrieben;
5. die Schulungsarbeit für Betriebsräte und Funktionäre, insbesondere der Frauen und Jugendlichen.

Im Arbeitsplan des Provinzschusses sind diese 5 Punkte konkretisiert. Alle Kreis- und Betriebsausschüsse, alle Verbindungsleitungen müssen nun von sich aus im Sinne der gefaßten Beschlüsse ihre eigenen Arbeitspläne aufstellen. Die anschließende Diskussion war sehr lebhaft, besonders die Kollegen aus den Betrieben Leuna, Buna und anderen Werken nahmen Stellung zum Punkt 4 und machten Vorschläge wie die Arbeit der Tarif- und Akkordkommissionen zu gestalten. Kollege Jäger sprach über das Mitbestimmungsrecht der Gewerkschaften in den Verwaltungen und öffentlichen Organen. Er wies besonders auf drei Punkte hin:

1. Die Stellung von Beisitzern für die Arbeitsgerichte.
2. Die Demokratisierung der Industrie, der Handels- und Handwerkskammern.
3. Die neue Sozialversicherung.

Für die Jugend sprach der Genosse Krause und gab den Arbeitsplan der Jugendabteilung des FDGB mit dem Wunsch bekannt, daß der Jugendarbeit von seiten der Gewerkschaften und Funktionären die notwendige Aufmerksamkeit gewidmet wird.

Zum zweiten Punkt der Tagesordnung gab der Kollege Wolfram den Kassenbericht und bemerkte anschließend, daß eine Neuregelung der Beitragsätze und Reisespesen für die ganze Provinz erfolgen und eine Revisions- und Beitragskommission geschaffen werden muß. Kollege Wolfram schlug dann vor, über folgende Punkte abzustimmen:

Haussklavinnen für die Nazibonzen

Der Nürnberger Prozeß

Nürnberg (SNB). Der sowjetische Ankläger, Generalmajor Sorja, legt dem Gericht Beweismaterial über die Deportationen und Sklavenarbeit vor.

In Polen wurden unter der Herrschaft Franks etwa zwei Millionen Menschen zur Sklavenarbeit nach Deutschland ausgehoben. Aushebungen von Sklavenarbeitern erfolgten in allen besetzten Ländern während des ganzen Krieges. Der Einsatz von Sklavenarbeitern aus den Gebieten der Sowjetunion war bereits vor dem Kriege in der berichtigten „Grünen Mappe“ vorgesehen.

Ein Beispiel, welches zeigt, bis zu welchem Grade die Nazipartei an der Organisation der Sklavenarbeit beteiligt war, ist ein Schnellbrief des Reichsarbeitsministers vom 8. September 1942 über den Einsatz von „hauswirtschaftlichen Ostarbeiterinnen“. Danach waren Gesuche um eine „Haussklavin“ von den Parteistellen der NSDAP zu bewilligen.

Auch der Anteil der Wehrmacht an der Organisation der Zwangsarbeit und der Deportation kann nicht mehr bestritten werden. Dem Gericht liegt ein geheimes Schreiben des Oberkommandos des Heeres vom 10. Mai 1942 über die „Anwerbung russischer Arbeitskräfte

für das Reich“ vor. In diesem Brief heißt es: „Es handelt sich um eine Aufgabe von kriegsentscheidender Bedeutung. Die Arbeitslage des Reiches erfordert vordringliche und großzügige Durchführung der angeordneten Maßnahmen. Dies ist allen Stellen zur besonderen Pflicht zu machen.“

Ein Brief Totis vom 28. Juli 1941 drückt aus, daß der Generalfeldmarschall Keitel sein Mißfallen darüber geäußert hat, daß die Unterabteilungen der Organisation Todt im Bezirk von Lemberg den lokalen Arbeitern Löhne bis zu 25 Rubel zahlen. „Herr Keitel protestierte gegen diese „zumenschliche“ Behandlung.“

Ein großer Teil der von den Arbeitsklaven durchgeführten Arbeiten war lebensgefährlich. In einer geheimen Kommandosache Hitlers vom 8. September 1942 heißt es u. a.: „Um ein weiteres Vordringen des nun einmal durchgehobenen Gegners zu verhindern, muß in weit höherem Maße als es bisher geschehen ist, zum Ausbau von Riegelstellungen hinter, der Front geschritten werden. Es ist daher aber erst recht unbedingt notwendig, mit rücksichtsloser Energie vorzugehen.“

Dieser Befehl darf schrittlich nur bis zu den Divisionsstäben ausgegeben werden, darüber hinaus ist er nur im Auszug mündlich mitzuteilen, geg. Adolf Hitler.“

Franco bleibt unbelehrbar

Zehn spanische Republikaner hingerichtet Paris (TASS). Der Pariser Rundfunk teilt mit, daß General Franco, trotz der Ermordung der demokratischen Führer, Christiano Carrias und Manuel Rodriguez sowie acht weitere spanische Republikaner hingerichtet liess.

Ein Kommuniqué der Kommunistischen Partei

Paris (SNB). Nach einem Reuterbericht kennzeichnete die französische Kommunistische Partei in einem Kommuniqué die Hinrichtung Christiano Carrias und neun weiterer spanischer Republikaner in Madrid als „Provokation gegenüber den deutschen Nationen und als ein Verleumdung für unser Land, das offiziell seinen Wunsch zur Kenntnis gebracht hatte, daß das Leben der Gefangenen respektiert werden

sollte“. „Die Verfassungsgebende Nationalversammlung der Französischen Republik hat einen feierlichen Protest erhoben, der zur Tat werden sollte“, fährt das Kommuniqué fort.

„Es ist keine Minute Zeit zu verlieren. Frankreich sollte diesen Schimpf durch sofortigen Abbruch aller Beziehungen zu dem blutdürstigen Brutsklaven abnden, der es soeben ins Gesicht geschlagen hat.“

Protest Frankreichs

Paris (SNB). Einer Rundfunkmeldung zufolge hat die französische Nationalversammlung auf ihrer letzten Sitzung erneut die Forderung der französischen Regierung zum Abbruch diplomatischen Beziehungen mit Franco- spanien aufgestellt und gegen die Hinrichtung spanischer Republikaner protestiert.

schließung, den Neubauern bei der Ingangsetzung ihrer Wirtschaften behilflich zu sein. Viehs wird auch von der Provinzialverwaltung getan, um den Neubauern die Beschaffung von Vieh und Zugkraft zu ermöglichen. Die einen Provinzen helfen den anderen und verteilen die Überschüsse an Viehbestand untereinander. In einigen Provinzen werden Baubetriebe geschaffen, die die Aufgabe haben, die Massenherstellung von Häusern für die Neubauern aufzunehmen, indem Standardprojekte ausgearbeitet werden, die auf breiter Grundlage die Ausnutzung örtlich vorhandener Baumaterialien vorsehen usw. Im großen und ganzen kann man sagen, daß man sich um die Umsiedler kümmert, und daß man gewillt ist, ihnen wirklich beim Beginn ihres neuen Lebens behilflich zu sein.

Um so zäherer ist es, daß man in einer Reihe von Fällen immer noch die Umsiedler als „Flüchtlinge“ behandelt, indem man sie als Menschen betrachtet, die nur zeitweilig in der

umstehenden Arbeitspläne dienen. Zu den abgelaufenen Kampagnen bemerkte Kollege Dietrich, es gehe nicht an, daß die Berichte zu spät oder gar nicht gegeben werden. Wichtig bei unserer Arbeit ist nicht nur diese selbst, sondern die fortwährende Kontrolle und die Berichterstattung. Unsere Arbeit muss mit jetzt in allen Betrieben, Wahlkörpern, in den Kreisausschüssen und vor den Funktionären Bericht erstattet werden. In Verbindung damit muß unsere Arbeit, die Aufstellung von Plänen, Betriebsprogrammen usw., erfolgen. Zur Agitation und Propaganda übergehend stellte Kollege Dietrich fest, daß es unsere Kollegen in einer Reihe von Fällen nicht verstanden haben, unsere Losungen und Forderungen in den Betrieben zu verbreiten. Die Ursachen liegen meistens daran, daß ihnen das politische Fundament fehlt.

Es ist darum notwendig, eine starke Erweiterung unserer Schulungsarbeiten durchzuführen. Wir haben den Kreisen vorgeschlagen, in den Städten und Gemeinden und größeren Betrieben Wochenendkurse und Funktionsschulungen durchzuführen. Die Besten aus diesen Kursen und Schulungen wollen wir dann nach Trebnitz auf die Gewerkschaftsschule schicken.

Bis jetzt ist dieses nicht geschehen, jedenfalls haben wir noch keine Berichte darüber erhalten. Nach den Ausführungen des Kollegen Dietrich entstand eine lebhafte Diskussion. Alle Diskussionsredner waren der Meinung, daß die Arbeitspläne aufgestellt und die Richtlinien durchgeführt werden müssen.

Zum Schluß gab Kollege Röhler bekannt, daß der Provinzschuss am 1. März 1946 und die Beitragskommission unter Hinzuziehung der Kassierer aus Dessau, Magdeburg und Halle am 22. Februar 1946 in Halle tagen.

Der Arbeitsplan des Provinzschusses sieht für die 17. bis 22. Februar die Konstituierung der Kreis- und Zonenkommissionen, die Wahl der neuen Leitungen und die Aufstellung der Arbeitspläne vor. In diesen Plänen soll eine Kampagne festgelegt werden, die bis zum 8. März 1946 abgeschlossen werden soll. Darin werden vorgesehen:

1. Kreisdelegiertenbesprechungen.
2. Durchführung der Berichterstattung in den Betrieben und Wahlkörpern über die Beschlüsse der Provinz- und Zonenkonferenzen und in Verbindung damit,
3. die Aufstellung von Betriebsprogrammen in jedem Betrieb.

Mit der Agitation und Propaganda befassen sich 11 Punkte des Arbeitsplanes. Es wurde festgelegt, daß vom 11. bis 24. März eine Werbekampagne für die Gewerkschaften durchzuführen ist. In 6 Punkten sind die nötigen Vorbereitungen dazu fixiert. In weiteren 6 Punkten wird zu den Fragen der Säuberung der Betriebe, zur Schaffung des Betriebsratsgesetzes, der Sozialversicherung, zur Bildung von Tarif- und Akkordkommissionen, zu den Fragen der Industrie, Handwerkskammern und Aufstellung von Produktionsprogrammen Stellung genommen. Zur Frage der gegenseitigen Hilfe von Stadt und Land werden die nötigen Maßnahmen in vier Punkten festgehalten.

Nun gilt es, alle Beschlüsse, Pläne und Richtlinien in die Tat umzusetzen und zu verwirklichen.

Bekanntmachung 1/46

Betr.: Instandsetzung von Kraftfahrzeugen in der Provinz Sachsen.

Bis zum 1. März 1946 ist die planmäßige Instandsetzung aller in der Provinz Sachsen befindlichen instandsetzungsbedürftigen Kraftfahrzeuge durchzuführen. Die Besitzer von instandsetzungsbedürftigen Kraftfahrzeugen (Lastkraftwagen und Personenkraftwagen) gleich welcher Arttriebsart werden aufgefordert, innerhalb von drei Tagen ihre Kraftfahrzeuge zur Instandsetzung bei einer in der Nähe befindlichen Kraftfahrzeug-Reparaturwerkstatt anzumelden. Die Kraftfahrzeug-Instandsetzungs-Werkstätten sind auf die Wichtigkeit dieser Aktion bereits hingewiesen. Alle reparaturbedürftigen Fahrzeuge müssen bis 1. März 1946 fahrbereit gemacht werden, wobei Lastkraftwagen an erster Stelle instandzusetzen sind. Die Kraftfahrzeughalter haben sich von den Reparatur-Werkstätten eine Bescheinigung über die Notwendigkeit der Reparatur ausstellen zu lassen. Bei Reparaturen in eigener Werkstatt ist an den zuständigen Straßenverkehrsbehörden eine entsprechende eidesstattliche Erklärung abzugeben. Eine Bescheinigung ist auch dann erforderlich, wenn es sich nicht um eine Reparatur, sondern um die Beibringung der Fahrerbescheinigung infolge fehlender Zubehörsgegenstände wie Reifen, Akkumulatoren usw. handelt.

Die Fahrzeugpapiere von fahrbereitgemachten Kraftfahrzeugen, die reparaturbedürftig sind, werden bei der Instandsetzung der Fahrzeuge einbehalten. Die bestätigte Reparaturbescheinigung gilt für diese Zeit als Besitznachweis.

Reparaturbedürftige Kraftfahrzeuge, über die eine Reparaturanmeldung innerhalb von drei Tagen nicht vorliegt, verfallen der Beschlagnahme.

Der Präsident der Provinz Sachsen
Direktion
für Kraftverkehr und Straßenwesen.

Montgomery zurückgekehrt

London (SNB). Wie der Londoner Rundfunk mitteilt, ist Feldmarschall Montgomery gestern Abend aus Bern in sein britisches Hauptquartier in Deutschland zurückgekehrt. Er hatte sich drei Wochen in der Schweiz aufgehalten, um sich von den Folgen einer Grippe zu erholen.

Verlag und Druck: Verlagsanstalt Deutscher Gewerkschaftsbund, Halle, G. Braunstr. 16/17 Tel. Sa.-Nr. 7691, Chiffrecode: Hugo Saupp. Anschrift der Redaktion: Halle, G. Braunstr. 16/17, Telefon 7691, 7692 und 2460 Redaktionschluss 22 Uhr.

„Aber die Masse fällt auf in die Waage, was eine Organisation sie zusammenfaßt und Wissen sie lehrt.“
Karl Marx: Inaugural-Adresse

DIE EINHEIT

„Im allgemeinen kommt es weniger auf das offizielle Programm an, als auf das, was sie tut.“
Friedrich Engels
Brief zum Gothaer Programm

Organ des Organisations-Komitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands in der Provinz Sachsen

Tragende Kraft der Erneuerung

Einheit der Arbeiterklasse

Von Max Fechner

Vorsitzender des Zentralausschusses der SPD
Zwei Monate sind seit der bedeutsamen Entschließung des Zentralausschusses der SPD und des Zentralkomitees der KPD im Verein mit den Bezirksvertretern beider Parteien am 21. Dezember 1945 vergangen. Mit dieser einmütigen angenommenen Erklärung der Schützigerkonferenz in Berlin hatte der Einigungswille den breiten Kreisen der Arbeiterklasse eine greifbare Gestalt bekommen. Die zweite Phase der Einigung war erreicht. In den zurückliegenden Monaten war diese Berliner Entschließung Gegenstand lebhafter und umfassender Erörterungen in der Mitgliedschaft beider Parteien.

Es ist unverkennbar, daß in der hinter uns liegenden Zeit der Wille zur organisatorischen Einheit beider Arbeiterparteien nicht nur aus der Mitgliedschaft der Parteien, sondern auch in der breiten Masse der Werktätigen allgemein stärker und fordernder geworden ist. In ungezählten Parteiversammlungen, in den Kreisen und Bezirken, besonders aber auch in den Kundgebungen der Gewerkschaften wurden Resolutionen gefaßt, die den überwiegenden Mehrheit der Wille zur Einheit klar zum Ausdruck kommt. Fast täglich wurden dem Zentralausschuß die Ergebnisse der Erörterungen über die Einheitsfrage aus der Provinz, aus Thüringen, Sachsen usw. zugesandt, aus denen nicht nur zu erkennen war, daß die Einigungsworte, denen wir uns verstanden und gebilligt wurde, sondern in denen die Forderung an den Zentralausschuß gestellt wurde, namentlich die Vorbereitung zur endgültigen Vereinigung beider Arbeiterparteien zu treffen und danach zu handeln.

Es ist zweifellos, daß dieser eindeutige Wille zur Einheit der Arbeiterklasse mit das Ergebnis der gegebenen ideologischen Klärung in den Reihen beider Parteien ist. Auch hat die erfolgreiche gemeinsame Aufbauarbeit in der antifaschistischen Aktionseinheit dazu beigetragen, daß heute die Forderung nach der Vereinigung so energisch aus den Reihen der Genossen gestellt wird.

Aber auch die Entwicklung in der Gesamtentwicklung in Deutschland während der letzten Monate hat manchem bisher noch zweifelnden Arbeiter die Augen darüber geöffnet, welche Kräfte am Werk sind und welche Gefahr für die Arbeiterklasse besteht, wenn sie die einzige Waffe nicht benutzt, die ihr im Kampf gegen Faschismus und Kapitalismus zur Verfügung steht: nämlich ihre Einigkeit. Ob es die Wahlen im Westen Deutschlands sind, ob es die erlaubten monarchisch-reaktionären Parteibildungen sind, ob es sich um Zeitungen handelt, die aus durchsichtigen Gründen das Einigungswerk mit allen Mitteln zu sabotieren und die Versuche sich auf die versteckten und getarnten Versuche der Großkapitalisten bezieht, dort wieder zur Macht zu kommen, wo ihnen noch Spielraum geblieben ist — aus alledem hat die Arbeiterklasse richtig erkannt, daß es bei einer solchen politischen Entwicklung lebensnotwendig ist, die Front für die politische Erneuerung unseres politischen und staatlichen Lebens auf dem Boden der Demokratie so stark wie nur möglich zu machen.

Aber noch eine politische Entwicklung in den hinter uns liegenden Monaten erklärt die gebieterische Forderung nach organisatorischer Vervollendung des Einigungswerkes der Arbeiterklasse. Ich meine die mehr oder weniger schon jetzt sich abzeichnenden Bestrebungen, die staatliche und wirtschaftliche Einheit Deutschlands zu untergraben. Volkerverderbende Kräfte versuchen, aus der Zonenaufteilung Deutschlands für sich Kapital zu schlagen. Aus persönlicher Ehrgeiz oder landsmannschaftlicher Engherzigkeit, aus dynastischer Hausmachtspolitik oder konfessionellen Sonderwünschen erwacht der Einheits Deutschlands im Separatismus und Partikularismus eine lebensbedrohende Gefahr. Wir wissen, daß die Zonen wohl notwendig, aber vorübergehende Verwaltungseinheiten der Siegermächte sind. Bleiben aber wird Deutschland, und gesichert werden muß die staatliche und wirtschaftliche Einheit. In diesem Willen zur Einheit Deutschlands ist die deutsche Arbeiterklasse einmütig und geschlossen. Die Einheit Deutschlands aber ist erst gesichert durch die Einheit der deutschen Arbeiterklasse.

Aus all den Gründen haben wir in der Einheitsfrage den Entwicklungspunkt jetzt erreicht, in dem über die Notwendigkeit der Einigkeit in der Arbeiterklasse keine Zweifel mehr bestehen und nicht mehr diskutiert werden braucht. Gemäß dem demokratischen Grundraster wird in den nächsten Wochen die Mitgliedschaft beider Parteien über die letzte Phase der Einigung, den organisatorischen Zusammenschluß, selbst entscheiden. Der in gemeinsamen Besprechungen beider Parteileitungen erarbeitete Programmentwurf für die zukünftige Sozialistische Partei Deutschlands wird in den beiden zentralen Körperschaften Gegenstand eingehender Beratungen sein. Der von den beiden Parteileitungen genehmigte Programmentwurf wird dann mit den Bezirksvertretern nochmals daraufhin geprüft werden, ob diese aufgestellten politischen Richtlinien und Forderungen der Einheitspartei der Mitglied-

Die Münchener Betriebe für Einheit

An Dr. Schumacher

In dem Münchener Informationsblatt der KPD vom 18. Januar 1946 veröffentlichte KZ die folgende Briefe an Dr. K. Schumacher, Schumacher, Parteivorsitzende der SPD in den westlichen Zonen und ist von allen Seiten einer starken Kritik ausgesetzt, weil er sich in zahlreichen Versammlungen unter Verletzung des Willens der großen Masse der Arbeiter gegen die Einheit der Arbeiterklasse ausgesprochen hat.

Der „Bayerischen Volkstimme“ entnehmen wir folgende bedeutsamen Kundgebungen und Entschließungen von Belegschaften Münchener Großbetriebe:

„Die Belegschaft der Firma Waggonfabrik Rathgeber, München-Mossach, bekundete in einer Betriebsversammlung den Willen zu einer Einigung der beiden sozialistischen Arbeiterparteien. Sie sieht in dieser Einigung der Sozialdemokratischen und Kommunistischen Partei den ersten Schritt zum Wiederaufbau Deutschlands. Nur eine einigte Arbeiterchaft ist imstande, die Wiederholung einer faschistischen Diktatur zu verhindern.“

Der Betriebsrat der Firma Waggonfabrik Jos. Rathgeber AG, München-Mossach.“

„Die Belegschaft der Firma Kraus-Maffei AG, München-Allach, bekundete durch nachfolgende Unterschriften den Willen zu einer Einigung der beiden sozialistischen Arbeiterparteien. Sie erblickt in dieser Einigung die beste Gewähr für eine endgültige Beseitigung von nazistischen Einflüssen.“

Der Betriebsrat der Firma Kraus-Maffei AG, München-Allach, für die Belegschaft.
Es folgen 506 Unterschriften.“

„Wir Arbeiter und Angestellte der Firma Siemens & Halske, AG, München, Hofmannstraße 51, schließen uns der bereits abgegangenen

Resolution des Betriebsrats und der Vertrauensleute an und fordern von der Führung der Sozialdemokratischen Partei und der Kommunistischen Partei, alles nur mögliche zu tun, um die Einheitsfront der beiden großen sozialistischen Arbeiterparteien herbeizuführen.“

Betriebsrat Siemens & Halske, AG, Werk München. Für die Belegschaft:
Es folgen 585 Unterschriften.“

„Die Betriebsbehoörden der Reichspostdirektion München fordern die Vereinigung der beiden sozialistischen Arbeiterparteien, die längst ersuchte Einheitsfront.“

Die Aktionsgemeinschaft der SPD und KPD Es folgen die Unterschriften von 55 Betriebsbeholdern der Reichspost.“

Wir haben in der letzten Zeit wiederholt recht Unfreundliches aus Bayern berichten und offenen Nazisten mit. Die obigen Berichte zeigen, daß es auch ein anderes, ein demokratisches Bayern gibt. Die Arbeiter Bayern geben die Garantie, daß in Bayern die Reaktion nicht triumphieren und Bayern an der Gestaltung der demokratischen deutschen Republik mitwirken wird. Die Einheit der Arbeiterklasse sichert die Einheit des Deutschen Reiches und der deutschen Nation.

Einheitsfront im Kreis Wernigerode

In den letzten Wochen wurden in der Stadt Wernigerode wie auch in vielen Ortschaften des Kreises gemeinsame Mitgliederversammlungen der SPD und KPD abgehalten, in der Redner beider Parteien über den Zusammenschluß der Arbeiterschaft sprachen. Diese Arbeit land nun ihren Abschluß und ihre Verwirklichung in einer stark besuchten Konferenz der Funktionäre beider Parteien aus dem Unterbezirk Wernigerode.

Folgende Entschließung wurde dabei angenommen:

„Während des ersten Weltkrieges spaltete sich die Arbeiterbewegung in verschiedene Parteien aus. Die Spaltung wirkte sich verhängnisvoll aus und hat wesentlich dazu beigetragen, daß der Faschismus an die Macht gelangen konnte. So wurden getrennt die verschiedenen Flügel der Arbeiterbewegung geschlagen. Aus dieser Erkenntnis heraus, fühlen wir uns verpflichtet, die Einheit der Arbeiterbewegung und damit die erhöhte Schlagkraft herzustellen. Die Sicherung des Friedens wird damit am besten garantiert. Würde es uns nicht gelingen, die Einheitspartei zu schaffen, so würde die Reaktion erneut triumphieren. Deshalb beschließen die

Funktionäre der SPD und KPD ein Organisationskomitee der Sozialistischen Einheitspartei zu bilden.

Genosse Karl Glanzel wird als 1. Vorsitzender, Genosse Wilhelm Oberdick als sein Stellvertreter benannt. Dem Organisationskomitee gehören weitere folgende Mitglieder an: Schillack, Neumann, Willecke, Knobbe, Falkenbach, Willecke, Käthe, Bartels, Matscheroh, Gödecke, Navroth, Loops, Wesche, Annemarie. Das Organisationskomitee führt die organisatorischen Vorbereitungen für den Zusammenschluß beider Arbeiterparteien durch und gewährleistet ihre engste Zusammenarbeit. Die Beschlüsse des Organisationskomitees sind für beide Parteien bindend. Gegner der Einheitspartei und Intriganten gegen ihre Bildung werden aus unserer Reihen ausgeschlossen und sind als Feinde des schaffenden deutschen Volkes zu betrachten.“

Außerdem wurden zur Durchführung der Arbeiten noch Unterkomitees gewählt. In den einzelnen Ortschaften des Kreises soll nach gleichem Plan die Arbeit für die baldige organisatorische Vereinigung beider Parteien sofort aufgenommen werden.

Gemeinsame Schulungsabende

Wittenberg. Am Donnerstag jeder Woche treffen sich die Genossen der KPD und SPD im Sitzungssaal des Rathauses zu gemeinschaftlichen Schulungsstunden. Diese Abende erfreuen sich eines immer stärker werdenden Besuches und geben damit den Beweis für die sich ausweitende Interesse der Arbeiterbewegung für die Einheit der Sozialistischen Einheitspartei vereint zu sein. Genosse Schröder (SPD) spricht zur Zeit in den Schulungsabenden über das Kommunistische Manifest und versteht es durch seine besonders klare Auslegung und Verständlichmachung des Themas seine Zuhörer zu interessieren.

Barnstädt. In einer öffentlichen Versammlung, zu der beide Arbeiterparteien eingeladen hatten, wurde der Zusammenschluß eingehend diskutiert. Gewerkschaftssekretär Heilmann hielt ein Referat, das der Einheit der Arbeiterbewegung große Nachdruck verlieh. Die Genossen Feicht und Stechemesser, die beide verlangten: Der diesjährige 1. Mai muß der Welt zeigen, daß das deutsche Volk einheitslichen Willens ist, das Seinige am Wiederaufbau beizutragen.

schaff als Vorschlag unterbreitet werden können. In den Mitgliederversammlungen beider Parteien, die getrennt durchzuführen sind, wird dann dieser Programmentwurf diskutiert und werden die Delegierten für die Bezirksparteitage gewählt werden. Auf den getrennt durchzuführenden Bezirksparteitage beider Parteien werden die Delegierten die Stellungnahme ihrer Wähler vertreten und über das Programm der Einheitspartei beraten. Am Ende dieser nach demokratischem Prinzip sich vollziehenden Willenskundgebung der Mitglieder beider Parteien steht der getrennt durchzuführende Parteitag. Zu diesem Parteitag werden nicht nur Vertreter der beiden Zonen, sondern auch Vertreter des Westens eingeladen. Auf dem Einigungsparteitag beider Parteien wird dann

Plessa. Auch in unserem Ort werden, wie in der ersten gemeinsamen Versammlung beschlossen wurde, gemeinsame Schulungsabende abgehalten. Die erste derartige Veranstaltung fand am Freitag im Werksgasthof statt.

In diese gemeinsamen Schulungsabende besucht, dort viel Neues und erhält das geistige Rüstzeug, das ihn als überzeugten Sozialisten in die Lage versetzt, auch richtig denken und diskutieren zu können. Kein Genosse sollte die Gelegenheit versäumen hier sein politisches Wissen aufzufrischen zu lassen.

Merseburg. Die Einheit ist die Kraft des einen glücklichen Zukunft Deutschlands. In dieser Erkenntnis wurde in einer am 19. Februar stattgefundenen Sitzung der Kreisfunktionäre beider Arbeiterparteien des Kreises Merseburg ein Organisationskomitee für die Sozialistische Einheitspartei gebildet. Es besteht aus zwölf Genossen beider Parteien. Dieses Komitee ist die leitende Instanz, seine Beschlüsse und Anordnungen sind für beide Parteien bindend. Es wurden zehn Kommissionen für die verschiedenen Referate gebildet.

Das Einigungswerk vollendet werden. Die neue sozialistische Einheitspartei Deutschlands stellt eine politische Tat von größtem Ausmaß dar. Der unselbige Bürgerkrieg, der fast drei Jahrzehnte die Arbeiterklasse in der gefährlichsten Entwicklungsphase des imperialistischen Kapitalismus so unheilvoll entmachtete, ist beendet.

Es wird eine Kraft, ein Lebenswille, eine einmütige Dynamik von dieser neuen, jungen und geeinten deutschen Arbeiterbewegung ausgehen, daß sie über die Zonengrenzen hinaus zur tragenden Kraft der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Erneuerung Deutschlands werden wird.

Das ist der Wille der deutschen Arbeiterklasse!

920 Organisationskomitees

Berlin (SNB). In allen Provinzen der sowjetischen Besatzungszone wird der Gedanke des Zusammenschlusses beider Arbeiterparteien als die große, die Zukunft der Arbeiterschaft und damit des Staates treibende Idee lebhaft erörtert und seine praktische Verwirklichung vorbereitet. Bis zum 21. Februar wurden fünf Provinz-Organisationskomitees gebildet. Am gleichen Stichtag zählte man 74 Kreis-, 26 Stadt- und 820 unter Organisationskomitees. In Berlin bestehen 4 Kreis- und 12 Bezirks-Organisationskomitees.

Schwern. Eine gemeinsame Versammlung der Genossen der SPD und KPD des Volksrichterbezuges beschloß die Vereinigung zu einer gemeinsamen Betriebsgruppe.

Piesteritz. Im „Volkshelm“ fand die erste erweiterte Sitzung der Funktionäre beider Arbeiterparteien statt, um den Weg auch hier für die neue Einheitspartei zu ebnen. Die Mitglieder beider Parteien werden gegenseitig ausgetauscht. Zur Sammlung für Umsiedler wurde mitgeteilt, daß die gesammelten Gegenstände noch am Orte sind. Genosse Flemming (SPD) veranlagte von allen Mitgliedern eine einheitliche Mitarbeit in allen Angelegenheiten. Die Gen. Schöne und Schubert (KPD) nahmen zu verschiedenen Fragen Stellung. Dann sprach ausführlich Bürgermeister Gen. Lorbeer über die Gemeindeverwaltung und damit zusammenhängende Fragen. Auch der stellvertretende Bürgermeister Kuntz sprach zu diesem Thema. Es darf gesagt werden, daß auch diese Aussprache viel dazu beigetragen hat, die gegenseitige Achtung zu steigern und die besten Aussichten für eine glückliche Weiterentwicklung zur Einheitspartei zu schaffen. Recht gute Beispiele, wie man Gewerkschaften ihr trauriges Gewerbe legen kann, gab Gen. Wonneberg (SPD). In der Diskussion traten mehrere Genossen für die baldige Verwirklichung der Einheit ein.

Neue FDGB-Kreisleitung

Tagung des Kreis Ausschusses des FDGB Halle
Am 20. Februar fand die erste Tagung des neugewählten Kreis Ausschusses des FDGB in Halle statt.

Nach einer lebhaften Diskussion gab der Kollege Wetter in den Kassenbericht und gab der Hofnung Ausdruck, daß der 1. Mai zum Geburtstag der Sozialistischen Einheitspartei werde.

Bindung des Einzelhändlers an seinen bisherigen Großhändler. Das Amt für Handel und Versorgung teilt mit: Der Einzelhändler wird für die Weitergabe der Empfangsbescheinigungen über Voranmeldung für den Monat März an den Großhändler gebunden.

Die Spinnstoff- und Schuhwaren-Einzelhandels-geschäfte haben am 28. Februar eine Warebestandsaufnahme zu fertigen.

Luthers letzte Fahrt

In Halle durch Saalehochwasser verzögert
Zum 400. Todestage des großen Reformators Dr. Martin Luther sei noch folgende historische Tatsache zur Kenntnis unserer Leser gebracht: Als Vermittler der beiden Parteien, die anstrengtlichen der Grafen Mansfeld hatte Luther eine besondere Aufgabe.

In einer Tagung der Vorsitzenden der Frauenausschüsse sowie der Kreis- und Bezirksreferentinnen am Sonnabend und Sonntag im 'Volkspark' in Halle wurde in grundsätzlichen Ausführungen des Präsidenten der Provinz Sachsen, Dr. Hübener, des Präsidialdirektors O. Halle und der Vorsitzenden der Frauenausschüsse der Provinz Sachsen, Martha Brautsch, die Stellung der deutschen Frau im neuen demokratischen Leben unseres V. lkes unter besonderer Berücksichtigung der Verhältnisse in der Provinz Sachsen klar umrissen.

Präsident Dr. Hübener

zeichnend in seiner einleitenden Rede Weg und Richtung der Frauenarbeit auf. Nach immer sei vielen von uns nach der Dunkelheit der vergangenen zwölf Jahre der Blick getrübt, manches durch den Nebel verhangen, den eine trügerische Propaganda mit vollem Bewußtsein ausgestreut hat.

Überall da, wo gleiche Leistung von Männern und Frauen verrichtet wird, muß auch gleicher Lohn möglich sein.

Präsidialdirektor O. Halle und die Vorsitzende des Frauenausschusses der Provinz Sachsen, Martha Brautsch, nahmen in Anspruchs Stellung zu dem gleichen Problem. Die Veröffentlichung dieser beiden Referate erfolgt in der morgigen Ausgabe.

Frauen berichten über ihre Arbeit

Am Sonntagvormittag wurde die Konferenz fortgesetzt. Nach der Eröffnung gab Genossin Schöffert einen Ueberblick über Aufgaben. Sie verwies auf die Maßnahmen der praktischen Durchführung und gab Hinweise der organisatorischen Form aller Arbeit.

Aus dem Gerichtssaal

Gegenliebe macht Diebe

Lebensmittelschleiber vor Gericht
Vor dem Stadtgericht Halle wurde am Freitag und Sonnabend gegen eine ganze Gruppe von Lebensmittelschleibern verhandelt, die Lebensmittel- und Urlauberkarten, die durch falsche Stempel mit einem 'Gültigkeitsvermerk' versehen worden waren, in gewissenlosen Weise zu Wucherpreisen verkauft oder gegen bezugsbeschränkte Waren eingetauscht hatten.

Bei den Angeklagten handelt es sich um die 16jährigen Harry Becker aus Ammendorf, der als 'spiritus rector' anzusehen ist.

Ferner richtete sich die Anklage gegen den 17jährigen Franz Tintel, den 16jährigen Rolf Hoffmann, den 31jährigen Erich Schäfer, den 30jährigen Otto Wiedau, den 30jährigen Helmut Koge, den 37jährigen Ernst Raute, den 29jährigen Georg Schand, den 30jährigen Eugen Lentze, den 26jährigen Werner Jeskula, den 34jährigen Walter Jähne, den 26jährigen Henry Hausik und die 26jährige Edith Seibt, sämtlich aus Halle.

Der Tatbestand der Anklage war folgender: Im Juli vorigen Jahres wurden vom Landratsamt des Saalkreises größere Mengen von Urlauberkarten und Reiselebensmittelskarten zum Einstampfen in die Papierfabrik Ammendorf gebracht. Durch unsachgemäße Lagerung gelang es dem Harry Becker, große Mengen dieser Karten an sich zu bringen. Die gestohlenen Karten berechtigten zum Bezug von nicht weniger als dreißig Zentner Butter, fünfzig Zentner Nahrungsmittel, 10.000 Stück Bier, fünfzig Zentner Brot, zwanzig Zentner Mar-

Im Mittelpunkt des zweiten Teiles der Konferenz standen die Berichte und Hinweise für die künftige Tätigkeit. Eine Reihe Vertreterinnen nahm das Wort, um über Bisheriges zu sprechen. Es wurden Anregungen gegeben, die geeignet sind, auch in anderen Kreisen Aufgaben in gleicher Weise zu lösen. Stärkste Betonung fand die Notwendigkeit, breitere erzieherische Arbeit in der Jugend zu leisten.

Bei der großen Zahl beschäftigter Frauen in Magdeburg entstand ein besonderes Problem in der Unterbringung der Kinder. Der Frauenrat mobilisierte die großen Betriebe, die in der Umgebung nicht Kinder ergäßen. Mehrere Betriebe haben die Patsenschaft für einen Kindergarten gemeinsam übernommen. Kleinste Betriebe spenden laufend Beiträge zum Unterhalt oder der Errichtung anderer Kindergärten.

garine, vierzig Zentner Käse und zweihundert Liter Milch. B. brachte diese Lebensmittelskarten in seiner Aktenkassette nach Hause und setzte dann die Karten in verschiedenen Cafés in Umlauf. Die anderen Angeklagten, Tintel, Hoffmann, Schäfer, Kowidau und Kowidau, Becker größere Mengen von Karten ab und zahlten hierfür hohe Preise, zum Teil geben sie auch wertvolle bezugsbeschränkte Waren hin, die B. wiederum zu Wucherpreisen verkaufte.

Das Gericht warf folgende Strafen aus: Die drei Jugendlichen Harry Becker, Franz Tintel und Rolf Hoffmann wurden zu je vier Jahren Gefängnis verurteilt und unter Schutzauflage gestellt. Ein Teil der Angeklagten erhielt Gefängnisstrafen. Erich Schäfer zwei Jahre, Otto Wiedau ein Jahr und Georg Schmöd zwei Monate Gefängnis. Ferner erhielten Gefängnisstrafen die Edith Seibt, und zwei 2 Jahre, Monate, Jahre 1 Jahr 6 Monate, 9 Monate, 9 Monate sowie Lentze und Hausik je 8 Monate.

Wetterbericht: Frostverschärfung

Wetterlage: Das Tief über der Ostsee fällt sich auf. Auf seiner Rückseite wird ein kaltes Luftmassen in unser Gebiet ein. Nach kurzer Welterberuhigung kommt es erneut zu starker Wolkenebildung.

Vorhersage, gültig bis 28. Februar, abends: Nach weiterer Beruhigung am Tage mäßig wolkig, nach vorüberziehender Schneehaut, Temperaturen nachts bis -6 Grad absinkend, am Tage auf über Null ansteigend. Schwache bis mäßige Winde aus westlichen Richtungen.

Aussichten für die nächsten Tage: Weiter unbeständig bei Frostverschärfung. - SA, 26. Februar 7.04, SU, 26. Februar 17.45, MA, 26. Februar 4.02, MU, 26. Februar 11.45 Uhr.

großen Betrieben durchgeführt. Es bewährte sich, Bezugsgutscheine auszugeben, die durch den Frauenausschuss bezahlt werden. Frauen konnten schnell in den Arbeitsprozess gebracht werden, indem sie bei einem Meister als Sattler, Maler, Tischler oder Gärtner angelernt wurden. Das Arbeitsamt hat diese Initiative begrüßt.

Die Bezirksreferentin von Halle-Merseburg sprach über die Schulung der Ausschussfrauen. In einem abschließenden Referat faßte die Genossin Brautsch noch einmal zusammen, was als Resultat der Konferenz gelten kann. Sie appellierte an Referentinnen und Vertreterinnen, eine noch größere Aktivität in der Erfassung aller Schichten der Frauen zu entfalten. Nach dem Referat wurde der Vorstand des Provinzial-Frauenausschusses bestätigt. Der Gesang des Liedes 'Wenn wir schreiten Seit an Seit' beschloß die anregende und arbeitsreiche Konferenz.

Über 2600 Medizinstudenten

In der sowjetischen Besatzungszone

Am 15. Februar zählten die Medizinischen Fakultäten von Berlin, Jena und Leipzig 1755 Hörer. Als erste eröffnete im Dezember vorigen Jahres die Medizinische Fakultät der Johann Universität in Jena begonnen die Vorlesungen in Berlin, im Februar in der Leipziger Universität. In den nächsten Tagen wird die Medizinische Fakultät in Greifswald und in den ersten Märztagen die der Universität Halle die Arbeit aufnehmen.

Für alle Medizinischen Fakultäten sind einheitliche Lehrpläne durch die Deutsche Verwaltung für das Gesundheitswesen aufgestellt und durch die Sowjetische Militärverwaltung in Deutschland bestätigt. Dieser Plan zielt auf die Ausbildung von tüchtigen Fachkräften hin. Er ist auf 11 Semester entworfen (gegenüber den früheren 10 - berechnet). (SNB).

Ilse Meudtner

Die Tanzmanie Ilse Meudtners im Steintor-Variete hat wiederum vor einem vollbesetzten Hausen das Publikum verblüffelt. Ilse Meudtner repräsentiert eine Klasse für sich. Es ist geradezu bewundernswert, wie bei ihren Tänzen jede Note irgendeiner rhythmischen Ausdrucksform findet. Nicht nur in der rein körperlichen Ausdrucksform, sondern auch in der Spiel jedes einzelnen Muskels, des was in ihrer ersten Tanzserie 'Das himmlische Orchester' trefflich zu beobachten. Diese Tänze repräsentierten gewissermaßen die absolute Form des Tanzes in dem Sinne, wie sich unsere großen Komponisten unterscheiden von den Musikern, die sich auf dem Gebiete der Unterhaltungsmusik betätigen. Wenn diese Tänze nicht den starken Beifall fanden, wie die folgenden Darbietungen, die in ihrer Form dem allgemeinen Verständnis mehr entgegenkamen, so ist das ohne weiteres verständlich. Eben diese Tänze schenken in das Schauspielische hineinbrachten, was in großer Erfolge von vornherein gesichert. Dies bezieht sich insbesondere auf 'Die Wut über den verlorenen Groschen', in der das Beethoven gestellt wurde. In der Tanzserie 'Der Zirkus kommt' war es 'Der Clown', der einen besonders tiefen Eindruck hinterließ. Gewissensmassen die Zusammenfassung all der glänzenden Fähigkeiten, über die Ilse Meudtner verfügt, war eine Zugabe, die dann auch nochmals wiederholt werden mußte. 'Der Fliegenpilz'. Diese Darstellungen sind schlechthin als klassisch zu bezeichnen.

Es ist nicht zu verwundern, daß Ilse Meudtner immer wieder volle Häuser hat.

Händel - Meister aller Meister

Zur Feierstunde im Chaliatheater zum 261. Geburtstag S. F. Händels

Wenn der Genius Beethovens solche Worte über Händel in seinen Gesprächen äußerte, dann soll es uns, die wir in Händels Geburtsstadt leben und daher die Verantwortung für die Pflege seines Andenkens und seiner unvergänglichen Werke tragen, eine heilige Mahnung und Verpflichtung sein. Es darf nicht sein, daß der größte Sohn unserer Stadt nur im Ausland bekannt und berühmt ist und nur dort gelebt wird.

Es mag eine Zeit gegeben haben, da Händels Werke bei uns in Vergessenheit geraten waren und erst nach und nach durch die 'Händel-Renaissance', eine von dem Göttinger Forscher O. Harnisch 1920 ins Leben gerufene Bewegung, wieder entdeckt wurden. Besonders die heutige Zeit, in der auch die Musik vor neuen Aufgaben steht, muß sich der Größe Händels und seiner schöpferischen Kraft unbedingt bewußt sein. Es gibt noch so manche, die von den Kompositionen des Meisters der Meister wenig oder nicht viel kennen; ja, manche lehnte ihn als altmodisch ab.

Der konzertante 'Händel-Abend' der Städtischen Bühnen am Sonnabend im Chaliatheater im Andenken an die Wiederkehr des 261. Geburtstages des Komponisten brachte in anerkennenswerter Weise Werke des Meisters zur Aufführung. Die drei Händelkennner und den Außenstehenden entzückten und begeisterten. Nach dem Concerto grosso Op. 3 Nr. 5, gespielt vom Städtischen Orchester unter der meisterhaften und ausgleichenden Stabführung von Hanns Epstein, erklang die Verherrlichung der Macht der Musik. Eine Steigerung des musikalischen Effektes bis zum Höhepunkt des Finals ließ die Zuhörer mit und ließ dadurch erkennen, daß die Werke Händels den heutigen

Menschen genau so tief ansprechen, wie vor 200 Jahren. Carl Roth-Böhmsch (Sopran), Werner Schimmel (Tenor) und der verstärkte Chor des Stadttheaters trugen durch besondere Leistung zum Gelingen bei.

Den Abschluß des Abends bildete die Tanzsuite 'Tersichore'. Für manchen Besucher mag diese tänzerische Suite, dargebracht durch die überaus lebendige Gestaltungskraft der Tanzgruppe unter der Führung der begabten Marlies Grünberg, etwas Unerwartetes gewesen sein. Denn wer hätte in Händel diese menschlich-keiteren Züge erwartet. Allen beteiligten Künstlern, die in Erkenntnis der Verantwortung am Gelingen dieses unvergleichlichen Händel-Abends ihr Bestes geben, wurde stürmischer Beifall gesendet, und die Vorhänge waren nicht mehr zu zählen. King

Brief über 'Ingeborg'

'Sehr geehrter Herr Intendant! Ich bin einer von denen, die immer wieder - weil man es muß - betonen, unter welchen Schwierigkeiten im augenblicklichen Zeitgeschehen Sie, Herr Intendant, das Spielplan der Städtischen Bühnen Halle überdenken und überarbeiten müssen. Sie haben, Herr Intendant, nachdem unter das verlorne Theaterwesen der nazistischen Zeit der Schlüssel zurückgewonnen werden konnte, und nachdem die russische Administration uns den Weg für das Theater wieder freimachte, die Verantwortung einer ungenügenden Steuerkraft die Steuer an sich gerissen. Das wissen Ihnen die Stadt Halle und die Einwohner jetzt schon zu danken. Unverkennbar haben Sie aber die Gestaltung ihres Spielplans ihre überwiegende, kluge und kulturell sorgende Hand

geleitet. Ob Oper, Operette, Schauspiel oder Lustspiel.

Nun haben Sie, Herr Intendant, zu Curt Goetz 'Ingeborg' zurückgegriffen. Das Lustspiel wurde gestern im August-Bebel-Haus aufgeführt. Und mit Erfolg! Es wurde am Schluß des Stückes viel Beifall geklatscht. Jeder Darsteller hat seinen Teil beigetragen. Wir mußten sogar einzeln den Beifall entgegennehmen. Die fünf Darsteller (Gunda-Maria Weber als Ingeborg, Hermann Dieckhoff als ihr Mann Ottokar, Gertrud Bergmann als Tante Ottilie, Walter Schwarz als Peter Peter und Janes W. Braun als Diener Konjunktiv) haben in ihrer Rolle nicht das Geringste missen lassen. (Ueber den Verfasser Curt Goetz steht alles Wissenswerte im Programmheft.)

Und nun bedenken Sie, Herr Intendant: Curt Goetz hat seine 'Ingeborg' im Jahre 1921 geschrieben. Das Lustspiel hatte damals einen großen Erfolg. Es geriet dann in eine Zeit hinein, in der man Not und Elend des ersten Weltkrieges und Krisen herauf beschwören wollte. Die Welt des Großkapitals senkte sich, die Welt des Arbeiters dagegen verdundelte sich.

Was hat das mit Ingeborg zu tun, der Frau, die zwei Männer liebt und den einen mit dem anderen betrügt oder betrügen will? Schließlich hat Theater Theater zu sein. Und deshalb schreibe ich diesen Brief, Herr Intendant! Nicht weil ich etwa das Problem der Liebe einer Frau zu zwei Männern zu lösen vermag. (Curt Goetz hat es im übrigen selbst nicht gelöst, sondern er ist aus der Sackgasse mit Hilfe eines Bowle' geflohen. Absoluten Erfolg hat die Probe, die den Hofhochfinanz mit Blankoschecks gelöst.) Nein! Lassen wir das Problem. Bedenken wir vielmehr eins: Einer der verbrecherischsten Kriege der deutschen Geschichte ist zu Ende. Millionen von Menschen wurden von der Erde weggeführt! Die nichtsnutzigen Hitler-Kreaturen haben in ihrem Wahnsinn Millionen von Men-

schens um ihr Hab und Gut gebracht, haben Millionen Obdachlose hinterlassen, haben Deutschland in namenloses Elend gestürzt. Das wissen Sie, Herr Intendant, genau so gut wie ich. Und deshalb glaube ich, daß uns die Atmosphäre, die um 'Ingeborg' herum angeht, trotz aller allgegenwärtigen Schwierigkeiten eines Curt Goetz! Dieser Humor ist erkünstelt und diese Eleganz ist verlossen. Beides zerstört uns nicht - angesichts des um die Zukunft schwer ringenden Menschen.

Ich weiß, Herr Intendant, daß 'Ingeborg' zur Zeit über mehrere deutsche Bühnen läuft. Das schließt nicht aus daß man in Halle anderer Auffassung ist.

Ich weiß, es gibt noch kein zeitnahes Lustspiel. Aber es gibt zeitlose, und auch solche, die für das August-Bebel-Haus geeignet sind. 'Kein Zweifel: 'Ingeborg' wird man sich um seiner flotten Darstellung willen gern ansehen aber das Innen des Menschen geht dabei realere Wege. Und Illusionen kann ich nur die Operette erlauben! Jedemfalls für 'Ingeborg' spricht zur Zeit - nicht die Zeit!

Das, Herr Intendant, ist mein Gedankengang, den ich Ihnen darlegen wollte. Ob ich damit als einzelner daseste, weiß ich nicht.

Ist es nötig, Ihnen nochmals zu sagen, daß die Aufführung gut war? Sie war mit einem ungeheuren Schwung inszeniert und es wurde leidenschaftlich und impulsiv gespielt!

Gemeinhin Sie, Herr Intendant, auch weiterhin meine Hochachtung für Ihre mühevollen Arbeit! C. J.

München (SNB). Wie der Pariser Rundfunk berichtet, wurden im Saal Hofbau in der Nähe der österreichischen Grenz 1000 Gemälde gefunden, die von den Nazis gestohlen worden waren. Unter ihnen befindet sich das berühmte Gemälde von Rubens 'Das fünfte Gericht'. Sie wurden nach München gebracht, von wo aus sie an ihre rechtmäßigen Eigentümer zurückgegeben werden.

